WB-01-044-2

Welt im Blick

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum:	09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-01

Von Zeile 44 bis 47:
Wir Grünen wollen, dass Deutschland mehr globale Verantwortung übernimmt. ~~So wollen wir endlich die versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklung zur Verfügung stellen und~~ Jedoch droht der massive Aufrüstungskurs von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit zu schaffen. 2 Prozent für den Verteidigungsetat statt der bisherigen 1,3 Prozent würde die Gewichte in der internationalen Politik Deutschlands extrem zum Militärischen verschieben. Ein friedens- und sicherheitspolitisch notwendiger Haushaltsansatz lässt sich sinnvoll nur für die Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik in der Gesamtschau bestimmen, wo bisher 16% in die Entwicklungspolitik, 10% in die Außenpolitik und mehr als 70% in die Verteidigungspolitik gehen. Diese Relationen müssen zu Gunsten der Außen- und Entwicklungspolitik verschoben werden, wobei das planmäßige Ansteuern des lange versprochenen 0,7%-Ziels in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit überfällig ist. Die Not vieler Menschen auf der Flucht und die akute Finanznot des VN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR zeigen die gefährlich falsche Prioritätensetzung. Wir wollen damit Schluss machen, in Krisenregionen und Diktaturen Waffen zu exportieren. Wir Grünen wollen außerdem, dass Deutschland mehr tut, um Konflikte und Krisen

Begründung

Der Entwurfstext verkürzt die Debatte um die Haushaltspolitik des Friedens auf zwei prominente Zahlen und wird damit der Komplexität nicht gerecht. Wir finden es außerdem nötig, dass die Relationen Zivil – Militärisch, wie sie schon jetzt Fakt sind, aufgezeigt werden. Das stärkt uns in der Ablehnung der 2%-Forderung.